

beim Europäischen Gerichtshof ohnehin bis spätestens 1996 zur Liberalisierung der Frachtmärkte gezwungen hätte. Ich habe also kein Faustpfand aus der Hand gegeben, wie von manchen behauptet wird. Nach 1998 steigen dann die Belastungen für den Lkw durch Straßengebühren und Spritsteuern.

SPIEGEL: Das ändert nichts am Problem. In den nächsten vier Jahren kann Bahnchef Heinz Dürr nicht darauf hoffen, daß die durch die Laster verursachten Kosten und Umweltschäden auf den Frachtpreis der Spediteure umgelegt werden.

Wissmann: Das sehe ich anders. Wir befreien die Bahn, wenn wir die Bahnreform erfolgreich durchsetzen, vom 1. Januar 1994 an von einer gewaltigen Schuldenlast. Wir treiben nicht nur die europäische Anpassung im Straßengüterverkehr voran, wir machen gleichzeitig massiv das, was eigentlich schon vor 20 Jahren hätte getan werden müssen: Wir geben der Bahn finanziell ein Korsett, das ihr helfen wird, im Wettbewerb erfolgreich zu bestehen.

SPIEGEL: Das ist noch längst nicht klar. Zum Beispiel wollen Länder und Gemeinden die Verantwortung für den Nahverkehr nur übernehmen, wenn der Bund Summen zwischen 14 und 20 Milliarden Mark jährlich dazugibt. Das aber wird Finanzminister Theo Waigel nicht zulassen.

Wissmann: Bisher haben sich Bund, Länder und Kommunen in Gräben gegenübergelegen, sich belauert und gelegentlich ein paar – manchmal nicht sehr kühl kalkulierte – Zahlen ins Gefecht geworfen. Ich werde alles daran setzen, diesen nicht sehr sinnvollen Konflikt zwischen Ländern, Gemeinden und Bundeskasse aufzulösen. Daran darf die Bahnreform nicht scheitern.

SPIEGEL: Wird es noch einmal durch die Regionalisierung zu größeren Streckenstilllegungen kommen?

Wissmann: Ganz im Gegenteil. Wir sind bereit, für einen Übergangszeitraum von einigen Jahren zusammen mit Bundesbahn und Reichsbahn das bestehende regionale Schienennetz zu garantieren. Danach muß eine mit privatwirtschaftlicher Dynamik arbeitende Bahn die Ertragskraft und die finanzielle Stabilität haben, um sogar zusätzlichen Bahnverkehr durch neue Schienennetze aufzufangen.

SPIEGEL: Das sind kühne Verheißungen.

Wissmann: Die Alternative – wenn die Bahnreform scheitern sollte – ist nicht so schön. Wir würden aus Geldnot zu einem Stilllegungs- und Schrumpfungsprogramm gezwungen, das es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben hat. □



CSU-Bundestagsabgeordnete beim Ungarn-Ausflug*: Die Fraktion hat's ja

Abgeordnete

Geld nach Gusto

Parlamentarier lassen sich großzügig aus den Fraktionskassen bedienen. Gesetzliche Kontrollen sind leicht zu umgehen.

Alle Jahre, wenn es Sommer wird und die Ferne lockt, entdecken CSU-Politiker ihr Herz für deutsche Minderheiten im Ausland. Dann machen sich bayerische Bundesminister und Parlamentarier, erlöst vom Bonner Alltag, zu einer Exkursion in die Fremde auf – nach Dänemark, in die Schweiz oder ins Elsaß.

Vorige Woche, Tradition verpflichtet, war es wieder soweit.

Unter Führung von Parteichef Theo Waigel reisten rund 50 Mitglieder der CSU-Landesgruppe im Bundestag nach Ungarn, begleitet von 70 Mitarbeitern und Ehepartnern. Die Bayern sprachen beim ungarischen Ministerpräsidenten József Antall vor, lauschten Volksmusikern im Budapester Franz-Liszt-Haus und legten einen Kranz auf dem deutschen Soldatenfriedhof von Esztergom nieder – alles zu Ehren der deutsch-ungarischen Völkerverfreundschaft.

Ehepartner zahlten für den Magyaren-Trip je 800 Mark. Den Rest spendierte die CDU/CSU-Fraktion. Preis des fünftägigen Ausflugs: 250 000 Mark.

Das Verschleudern von Staatsknete hat Methode, die Fraktionen haben's

ja. Rund 230 Millionen Mark genehmigten sich Parlamentarier in Bund und Ländern voriges Jahr in eigener Sache. Die Bonner Fraktionen allein streichen dieses Jahr fast 100 Millionen Mark ein. Das sind zwar 10 Millionen weniger als im Vorjahr, aber es ist immer noch 30mal mehr als Ende der sechziger Jahre.

Bislang ist das Millionenspiel weitgehend unkontrolliert gelaufen. Die Etats werden in den Führungszirkeln der Fraktionen ausgekugelt, im Staatshaushalt tauchen lediglich globale Finanzzuweisungen auf. Wofür die Gelder tatsächlich verwendet werden, bleibt selbst den meisten Abgeordneten verborgen.

Doch nun wollen Parlamentarier erstmals präzise bestimmen, wofür wieviel Geld aus der Fraktionskasse verwendet werden soll. Nach dem Vorbild Bayerns, das als erstes Bundesland ein Fraktionsgesetz erlassen hat, ist auch in Bonn ein Gesetz in Arbeit.

Danach sollen die Bonner Fraktionen zukünftig nicht mehr nach eigenem Gusto Geld ausgeben, ihre Rechte und Pflichten werden gesetzlich festgelegt. Jedes Jahr müssen sie öffentlich Rechenschaft über ihre Ausgaben für Mitarbeiter, Kopierpapier oder Dienstreisen ablegen.

Ob das viel bringt, bleibt abzuwarten, denn gespart wird deshalb wohl noch lange nicht. Der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim, mittlerweile wegen seiner permanenten Kritik an der Politik-Finanzierung gefürchtet, hält die Reformbemühungen in Bund und Ländern für „völlig unzureichend“.

So wollen die Bonner Parlamentarier dem Rechnungshof zwar gestatten, die „wirtschaftliche und ordnungsgemäße

* Am Mittwoch vergangener Woche in Budapest.

Verwendung“ der Fraktionsgelder zu kontrollieren. Doch die „politische Erforderlichkeit einer Maßnahme“ dürfe „nicht Gegenstand der Prüfung sein“.

In einem bislang unveröffentlichten Gutachten für den Bund der Steuerzahler erklärt Arnim die Politik der offenen Kassen für verfassungswidrig. Das Verfassungsgericht habe klargestellt, daß die staatlichen Zuschüsse an die Fraktionen „nach den gleichen verfassungsrechtlichen und haushaltsrechtlichen Maßstäben“ zu prüfen seien wie „andere Etatmittel auch“.

Verfassungsrechtlich fragwürdig ist jedenfalls die verbreitete Praxis der Fraktionen, für Aktivitäten und Kampagnen zu zahlen, die eigentlich Sache der Parteien sind. Mit den Millionen, die ausschließlich der Arbeit der Abgeordneten dienen sollen, wird beispielsweise verschleierte Parteierwerbung in Zeitungsanzeigen betrieben. Zudem finanzieren die Fraktionen Personal für die Wahlkampfarbeit der Parteien, gelegentlich wird schon mal ein Gutachter zur Vorbereitung politischer Kampagnen honoriert.

Vor allem die PR-Arbeit der Fraktionen, im Bonner Gesetzentwurf ausdrücklich für zulässig erklärt, will Arnim beschnitten sehen. Das Schalten von Anzeigen sei „rechtlich dubios“. Wenn man die Fraktionen unbeschränkt werben lasse, gebe es – wegen der Wechselwirkung mit der Parteierwerbung – „kein Halten mehr“. Alle Bemühungen, die staatliche Finanzierung der Parteien zu begrenzen, seien dann „Makulatur“.

Das Wechselspiel zwischen Parlaments- und Parteiarbeit, obwohl im Einzelfall nur schwer nachzuweisen, ist kaum zu übersehen. So kletterten die Zuschüsse an die Fraktionen in der Vergangenheit immer dann in die Höhe, wenn die staatliche Parteienfinanzierung von den Karlsruher Verfassungsrichtern beschnitten wurde. Rund 20 Prozent der Fraktionsausgaben, so schätzt der Präsident des Hessischen Rechnungshofes, Udo Müller, sind rechtlich problematisch.

Um dem Ausgaben-Schlendrian trotzdem begegnen zu können, schlägt der Wissenschaftler Arnim einen einfachen Weg vor. Im vergangenen Jahr hatte das Verfassungsgericht der staatlichen Parteienfinanzierung erstmals eine absolute Obergrenze gesetzt, die in Zukunft nicht mehr überschritten werden darf. Diesem Beispiel, plädiert der Rechtsprofessor, müßten jetzt auch die Fraktionen folgen: „Die Mittel müssen für längere Zeit eingefroren werden.“

Falls die Fraktionen sich nicht selbst Grenzen setzen, so prophezeit er, werde „dies das Bundesverfassungsgericht übernehmen müssen“.

Aussiedler

Abendfrieden in Straße 4

SPIEGEL-Redakteur Ansbert Kneip über die Deutschen in Sibirien

Das Festschwein hängt kopfunter vom Holzgerüst und stinkt nach verbranntem Fleisch. Auf dem Hinterhof der Familie Dietz schmurgeln die Männer mit einem Lötbrenner dem toten Tier die Borsten vom Leib, anschließend waschen sie den fettigen Ruß ab.

Morgen soll die Sau Ehre einlegen für das Dorf, denn morgen ist ein Festtag. Die Gemeinde wird hundert Jahre alt; das wird gefeiert mit deutschem Schweinegulasch und viel, viel Wodka. Zum Nachtschinken werden die Frauen Riwelkuchen servieren, eine Spezialität, die in Deutschland als Streuselkuchen bekannt ist.

Deutschland ist rund 4000 Kilometer entfernt vom Festplatz des deutschen Dorfes Alexandrowka in der sibirischen Steppe. Und die ganze weite Strecke ist der Mann gereist, der nun vom Streuselkuchen essen soll: Horst Waffenschmidt, Bonner Aussiedlerbeauftragter, ist Festgast in Alexandrowka.

Das Dorf Alexandrowka gehört zu einem deutsch verwalteten Gebiet, Rayon genannt. Es ist einem Landkreis vergleichbar. Und diese Deutschen-Siedlung ist das Lieblingsprojekt der Bonner Aussiedlerpolitik. „Leuchtturm einer besseren Zukunft“, so Waffenschmidt bei seinem Besuch in der vorvergangenen Woche, soll die sibirische Idylle für Rußlanddeutsche auf der Suche nach einer Bleibe sein.

Mit Millionenbeträgen fördert Bonn deren Ansiedlung; unterstützt wird alles, was die Landsleute zum Bleiben in Rußland bewegen könnte. Damit sie eine Alternative zur Ausreise nach Deutschland haben, läßt Waffenschmidt den Rußlanddeutschen des Landkreises in der Nähe von Omsk ein Containerdorf und ein Verwaltungszentrum finan-



Festvorbereitungen, Dorfbewohner in Alexandrowka: Je

zieren, sogar das Akkordeon fürs Volkstanzensemble ist von Bonn bezahlt.

In der Schule wird seit einigen Jahren wieder Deutsch unterrichtet, die passenden Bücher stiftet die Bundesregierung. Im Kulturhaus tritt eine Theatergruppe auf, die ihren Namen aus sozialistischen Tagen mittlerweile eindeutschen durfte: Laienkunstkollektiv Ährgold.

Das Ährgold deutscher Kultur haben die Vorväter der Sibiriendeutschen vor mehr als 200 Jahren in den Osten getragen. Da siedelten Deutsche, zumeist aus Schwaben, an der Wolga. Ende letzten Jahrhunderts wanderten einige der Kolonisten, wie die Wolgadeutschen sich nannten, mit dem Pferdewagen noch weiter nach Osten.

Fast 135 000 Deutschstämmige leben heute im weiteren Umkreis der sibirischen Gebietshauptstadt Omsk. Doch kaum irgendwo hat sich die Mischung